Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Interna… …rk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / … Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre …ter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den zweispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme von geschäftlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2.

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 15 002. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeiterrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde

7. Jahrgang — Dresden, Freitag den 30. Oktober 1931 — Nummer 183

ALARM!
Am Sonnabend und Sonntag
Massendiskussion
mit SPD- und SAJ-Arbeitern
Großwerbetage
1. Partei, Arbeiterstimme u. Volksecho
Stellplätze siehe im Innern des Blattes

Wirtschaftsbeirat eröffnet:

Faschistischer Lohnabbaurat!

SPD-Führer und Lohnabbauminister gehen zu Hindenburg

Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates beim Betreten des Reichspräsidentenpalais (von links): Staatssekretär Dr. Pünder mit Reichskanzler Dr. Brüning . ADGB-Vertreter Peter Graßmann Reichsarbeitsminister Dr. Siegerwald (Zentrum) und Reichsernährungsminister Dr. Schiele

„Dem deutschen Volke neue harte Opfer"

Gestern tagte unter dem Vorsitz des Generalfeldmarschalls Hindenburg zum ersten Male der Wirtschaftsbeirat der Brüning-Groener-Regierung. Hindenburg rief und alle, alle kamen: die Großindustriellen, die Großbankiers, die Großagrarier, die Handwerksvertreter und die Gewerkschaftsführer — nur der Großspekulant Reinhart von der Commerz- und Privatbank fehlte. Die Verhandlungen in der faschistischen „Ständekammer" sind streng vertraulich.

Das Wolffsche Telegraphenbüro bringt nur die Eröffnungsrede Hindenburgs im Wortlaut, der u. a. erklärte, daß er „als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage erhoffe". Dieser Appell zur Burgfriedenspolitik war natürlich an die Adresse der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gerichtet. Es ist unnötig zu betonen, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Politik des Burgfriedens nach dem Wunsche Hindenburgs „ehrlich" erfüllen wird, was sie ja bereits durch ihre Teilnahme an diesem „Wirtschaftsbeirat" demonstriert.

Wesentlicher als die Rede Hindenburgs ist die Rede Brünings, die nicht veröffentlicht, sondern geheim gehalten wird. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt des reaktionären Großkapitals, ist in der Lage, die entscheidensten Sätze aus der Rede Brünings zu zitieren. **Brüning habe in seiner Rede den Zwang zum raschen und konsequenten Handeln betont. Aus seinen Worten ging hervor, daß dem deutschen Volke „neue harte Opfer zugemutet werden müssen". Die Aufgabe des Wirtschaftsbeirates sei es, diese neuen Maßregeln in organische Form zu bringen.**

Die „DAZ." nennt auch bereits die nächsten Maßnahmen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Als die wesentlichste nennt „die Auflockerung der Lohntarife, wo die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige es erfordert", also die Durchführung des Lohnabbaues genannt.

Der Wirtschaftsbeirat beginnt zu funktionieren. Diese Einrichtung ist der Versuch der Brüningregierung, ihrer Diktaturpolitik der Notverordnungen eine „Massenbasis" zu geben, ein dekoratives Instrument zu schaffen, eine Kammer, in der „alle Stände vertreten" sind. Die nächsten Notverordnungen der Brüning-Groener-Regierung, die den arbeitenden Massen „neue harte Opfer" bringen werden, also in ihren Grundzügen von der Brüningregierung dem Wirtschaftsbeirat vorgelegt und dort unter der Mitarbeit der reformistischen Gewerkschaftsführer — die gleichzeitig die SPD. in diesem Wirtschaftsbeirat verkörpern — endgültig formuliert werden. **Das ist der Gedanke der „Volksgemeinschaft": den werktätigen Massen neue, harte Opfer auferlegen, von einem Gremium, dessen Zusammensetzung die Brüning-Groener-Regierung selbst bestimmt.**

Die Brüningregierung führt systematisch den Umbau des „demokratischen" Staates zum faschistischen Staat durch. **Die SPD., die reformistische Gewerkschaftsbürokratie macht alle diese Schritte mit, sie „tolerieren", sie unterstützen, sie helfen aktiv mit.** Aber all das wird der Bourgeoisie nichts nützen. Das kapitalistische System ist verfault und bankrott. Es muß sterben, damit das arbeitende Volk leben kann.

Erregte Szenen vorm Dresdner Rathaus

Dresden, 30. Oktober.

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, finden vor dem Dresdner Rathaus erregte Auseinandersetzungen mit Fürsorgerentnern und Ruhelohnempfängern statt, die heute Renten und Ruhelohn in empfang nehmen wollten.

Es wurde ihnen mitgeteilt, daß eine Auszahlung heute nicht stattfinden könne, da die Geldmittel der Stadt nicht ausreichen. Wann die Auszahlung erfolgt, ist nicht bekannt.

Mordplan gegen Stalin

Berlin, 30. Oktober. (Eig. Ber.)

Wie wir nach Redaktionsschluß von der „Roten Fahne" erfahren, veröffentlicht sie in ihrer Freitagnummer sensationelles Material über die Tätigkeit der weißrussischen Emigranten in Verbindung mit dem französischen Generalstab und über Pläne zur Ermordung des Führers des Weltproletariats, des Genossen Stalins. (Wir werden noch weiteres berichten.)

Schlagende Wetter!

Dresden, 30. Oktober

Die englischen Wahlen sind ein politischer Bergrutsch. Die kleinbürgerliche Konstruktion des „konstruktiven Sozialismus" ist zusammengekracht. Fast zwei Millionen englische Arbeiter versetzten Henderson einen Fußtritt. Das „kleinere Uebel" der parlamentarischen Scheinopposition seiner Majestät, gebar das größere Uebel des Wahlsieges der faschistischen Tories. Macdonald ist die Hebamme des englischen Faschismus.

Die Partei des englischen Hitler, Mosley, ist zwar bedeutungslos, aber die nationale Macdonald-Chamberlain-Regierung ist die reaktionäre Faust gegen die englischen Arbeiter und die Millionen Kolonialsklaven. Die Niederlage der englischen Sozialdemokratie ist gleichzeitig eine erste Abrechnung mit der arbeiterfeindlichen, imperialistischen Politik der ehemaligen „Arbeiterregierung". Auf dem Wiener Kongreß der 2. Internationale feierte der „linke" Sozialfaschist Otto Bauer, die Labour-Party, als Bollwerk der Demokratie und des Weltfriedens. Jetzt kracht dieser tönerne Kolloß des Sozialfaschismus in allen Fugen. Der Bankrott der englischen Sozialdemokratie, ist ein Schlag ins Gesicht der sozialimperialistischen internationalen Sozialdemokratie.

Die englische Wahlschlacht ist zu Ende. Die Krise verschärft sich und der Klassenkampf geht mit vergrößerter Wucht weiter. Die Meuterei der englischen Matrosen war ein rotes Wetterleuchten! Unsere englische Bruderpartei steht vor gewaltigen Aufgaben.

•

„Der Kranke sinkt wieder verzweifelt auf das Krankenbett zurück." So weint Leo Blum, der Führer der französischen Sozialdemokratie am Krankenbett des absterbenden Kapitalismus.

Hoover und Laval sollten nach den Rezepten von Hilferding und Leo Blum, die verheerende Weltwirtschaftskrise heilen. Frankreich und Amerika brauchten ihren Goldbestand nur planmäßig zu verteilen, dann sei alles in Butter. Laval und Hoover

Lohnraub im Inflationstempo

20 Mk. Wochenlohnverlust pro Arbeiter

Arbeiterlöhne und Gehälter liegen 50 Prozent unter Existenzminimum / Metallarbeiterlöhne neunmal abgebaut / Formiert die rote Streikfront gegen Hunger und Lohnabbau

Der bekannte Statistiker Dr. Jürgen Kuczynski stellt in Nr. 39/40 der „Finanzpolitischen Korrespondenz" fest, daß die Lage der Arbeiter und Angestellten sich im Monat September wiederum durch Lohnsenkung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit außerordentlich verschlechtert hat. Insgesamt betrugen die Lohnverluste 19,70 Mark pro Arbeiter und Woche, also rund 20 Mark. Vergleichen wir das Lohneinkommen mit den Lebenshaltungskosten, so ergibt sich, daß das Lohneinkommen um über 50 Prozent höher hätte sein müssen, allein um die Höhe der amtlichen Lebenshaltungskosten zu erreichen.

Eine so rapide Senkung des Lohneinkommens ist, außer in der Periode der stärksten Inflation, in der Geschichte des deutschen Kapitalismus noch nicht dagewesen.

Das Arbeitseinkommen der Metallarbeiter ist jetzt zum neunten Male hintereinander gesunken, es ist um etwa 5,45 Prozent geringer als im Januar 1931. Der Bauarbeiterwochenlohn ist im September um 2,15 Mark pro Woche gesunken. Das Einkommen der Textilarbeiter beträgt nur noch 18,70 Mark pro Woche, es müßte um 132 Prozent erhöht werden, nur damit die Textilarbeiter die amtlich errechneten Kosten der Lebenshaltung für sich und ihre Familien bestreiten können.

Die nüchternen Feststellungen des Statistikers Dr. Kuczynski sind eine flammende Anklage gegen die Kapitalistenklasse, die Brüning-Regierung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie. Den verelendeten sächsischen Textilarbeitern, deren Einkommen 132 Prozent unter den amtlich errechneten Lebenshaltungskosten liegt, wollen die profitgierigen Textilbarone weitere 4,5 Prozent vom Lohn rauben. Drei Millionen Arbeitern sollen mit Hilfe der im Wirtschaftsrat sitzenden Industriellen und ADGB-Vertretern die Löhne weiter abgebaut werden! Wie lange noch wollt ihr, Arbeiter und Angestellte, die Herabdrückung eurer Lebenslage dulden? Wollt ihr warten, bis ihr euch wie in der Inflation für den Hungerlohn noch ein Pfund Margarine und ein Brot kaufen könnt?

Duldet den Lohnraub nicht länger! Beantwortet jeden Pfennig weiteren Lohnraub mit Streik! Rüstet in allen Betrieben zum Kampf! Wählt in allen Belegschaftsversammlungen Kampfausschüsse zur Vorbereitung der Streiks! Kämpft unter Führung der KPD und der RGO gegen die Herabdrückung eurer Lebenslage auf das Hungerniveau der Kohlrüben- und Inflationszeit. Kämpft für Brot, Arbeit und Freiheit und für ein freies sozialistisches Deutschland.

SLUB
Wir führen Wissen.